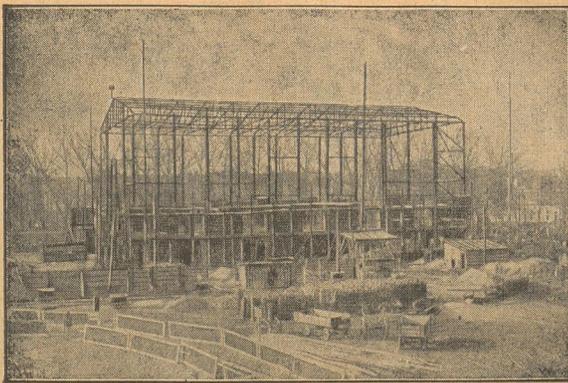


Die werdende Theater-Ausstellung in Magdeburg



In wenigen Monaten werden die imposanten Bauten auf der neuen Ausstellung in Magdeburg fertiggestellt sein und der Zustrom der Fremden zum Elbstad kann beginnen. Unsere Photographie zeigt das Gerüst der großen Gebäude, das schon jetzt gegen den Winterhimmel ragt. In dieser Halle werden die großen Kongresse liegen, hier werden über 4000 Personen sitzen. Die Stadterhaltung Magdeburg hat für den Ausbau allein 2,2 Millionen Mark bewilligt.

Aus Parlamenten und Parteien

Von der Fortführung des Mittellandkanals

Nach Freisprechungen sind im Reichstage Bestrebungen vorhanden, die angelich auch von der Reichsregierung gefördert werden, wonach der Plan der Vollendung des Mittellandkanals aufgegeben werden soll. Diese Meldungen haben begrifflich in allen beteiligten Kreisen große Erregung hervorgerufen. Der Magistrat hat sich infolgedessen sofort mit Eingaben an das Reichsverkehrsministerium und an den Reichstag gewandt, um die Gefahr abzuwenden. Gleichzeitig hat er mit der hiesigen Industrie und Handelskammer Fühlung gesucht und Verbindung mit dem Verein zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals aufgenommen. Auch von dieser Seite werden geeignete Abwehrmaßnahmen in die Wege geleitet.

Wie wir weiter erfahren, hat sich auch bereits das hiesige Oberpräsidium der Angelegenheit angenommen, desgleichen auch der Herr Landeshauptmann in einer eingehend begründeten Eingabe an den Reichsverkehrsminister den Protest der Provinzialverwaltung gegen denartige Pläne zum Ausdruck gebracht.

Der Aufwertungsantrag der Demokraten.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverszüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Wege einer sofort veranschlagten Umtausch-Anleihe oder auf andere geeignete Weise die Mittelhöher von Reichsanleihen anstelle von Anleihebescheinigungen und Auslosungsscheinen in den Besitz eines Wertpapiers gesetzt werden, dessen Wert einer mindestens 12-prozentigen Aufwertung des ursprünglichen Betrages der in Anleihebescheinigungen umgetauschten Reichsanleihe entspricht und das laufend mit mindestens 5 Prozent jährlich verzinst wird.

Zu diesem Antrag wird uns geschrieben: Der Antrag bezweckt, die Pläne zur Durchführung zu bringen, die der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Reischold bezüglich einer Befreiung der Mittelhöher an Reichsanleihen gehabt und auch kurze Zeit vor seinem Rücktritt der Öffentlichkeit wenigstens im allgemeinen bekannt gegeben hat.

Dies Ziel dieser beabsichtigten Maßregelung des demokratischen Ministers war den Mittelhöher an Reichsanleihen eine nicht unerhebliche Befreiung gegenüber ihrer bisherigen Lage auf Grund des Anleihe-Ablösungsgeldes zu verschaffen. Dieses steht eine in 30 Jahren auslosbare Umtauschanleihe vor, die nicht regelmäßig verzinst wird sondern bei der Zinsen erst zum Zeitpunkt der Auslosung zur Auszahlung gelangen. Durch diese Tatsache ist der Wert des Umtauschpapiers, also der Anleihe-Ablösungsschuld, ein wesentlich geringerer geworden als die eigentlich beabsichtigte 12-prozentige Aufwertung. Die gegenwärtige Börsennotiz entspricht ungefähr einer Aufwertung von 8-9 Prozent.

Der Antrag der Demokratischen Reichstagsfraktion bezweckt nun, ebenso wie es Minister Reischold gewollt hat, auf dem Wege der Schaffung eines sofort mit mindestens 5 Prozent dauernd verzinslichen Wertpapiers, das den Besitzern von Anleihebescheinigungen zum Umtausch angeboten werden soll, diesen ein Wertpapier in die Hand zu geben, das der erstrebten 12-prozentigen Aufwertung entspricht.

Der Antrag läßt die Möglichkeit offen, daß die Regierung auch einen anderen Weg als den einer Umtauschanleihe wählt denn es kommt nicht so sehr auf den Modus an als darauf, daß tatsächlich die Mittelhöher von Reichsanleihen nennigste so schnell wie möglich in einen jederzeit verwertbaren Besitz der 12-prozentigen Aufwertungsquote gelangen.

Der Reichspostminister als Vorbild für den Reichsinnenminister. Schätzel's Haltung in kritischen Tagen.

Der Reichsinnenminister des Innern Dr. von Reudell hat in der 263. Sitzung des Reichstages auf die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg ausgeführt,

ten Personen geköpft haben. Er wolle damit auch jenseitigen solcher Gewerbetreibenden schenken. Die Gesetze sollten aber auch eine gewisse Freiheit haben, schied der Ausdruck „mäßig“ gewählt sei. Man werde zu kommen, daß man für solche Gewerbesteuerpflichtigen Satz auf 25 Prozent oder etwas höher normiere. Folglich würde es sein, den Gemeinden einen Satz von 25 oder aber 33 1/2 Prozent vorzuschreiben. Ein gewisser Spielraum müsse der Selbstverwaltung bleiben. Der Antrag der Partei unterschiede sich grundlegend von dem der Abspaltung, keine Partei wolle nur für die unteren Stufen des Mittelstandes Steuererleichterungen schaffen, der Antrag der Volkspartei aber für alle Klassen; das sei, was vorher ausgeführt, zur Zeit nicht möglich. Der demokratische Antrag Nr. 15 sehe für Handelsvertreter und Gewerbetreibende Steuererleichterungen vor. Dieser Antrag berücksichtige die besondere Lage dieser Betriebe, schränkte sich aber auch hier auf das zulässige Maß und vermeide den Fehler des Antrages der Volkspartei, dessen Annahme auch Handelsvertreter mit einem gewerbesteuerpflichtigen Einkommen von 100 000 RM. und mehr die Steuerberechtigung erfahren würden. Die Freistellung der Konsumvereine lehne er ab.

Das Steuerland beruhe darauf, daß man drei Steuerträger habe: Reich, Staat und Gemeinden. Es man nicht in ein einziges Reich habe und der Verlaufs an Ministerien, Behörden, Abgeordneten und Beamten bezieht sei, werde man nicht zu Steuergefahren kommen, die die Wirtschaft erträglich seien.

Die beiden demokratischen Anträge haben folgenden Wortlaut:

- 1. Für Handelsvertreter, die nicht mehr als drei Anstellte beschäftigen und für Wohnungsbauunternehmen (Zimmereier, Faktoren, Sausengewerbetreibende usw.), deren steuerpflichtiges Einkommen nicht mehr als 3600 RM. beträgt, ist die Hälfte der Gewerbesteuer niedersetzend.
- 2. Gewerbesteuerpflichtige physische Personen, deren Einkommen nach ihrer Veranlagung zur Reichssteuer nicht mehr als 3600 RM. beträgt, sind zur Gewerbesteuer nicht höher als mit einem mäßigen Hundertsatz der sie treffenden Reichseinkommensteuer heranzuziehen.

Marx und Reudell.

Ein zweiter erfolgloser Rettungsversuch.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Reichsminister Dr. Marx hat offenbar das Bedürfnis empfunden, seiner Reichstagsrede über den Fall des Reichsinnenministers des Innern von Reudell einen Kommentar hinzuzufügen. Die „Germania“ veröffentlicht deshalb eine Stellungnahme des Reichstagslers zum Tode der Beamten. (Ihm Ansehen nach hat selbst in Zentrumskreisen die Stellungnahme des Reichstagslers Beständen hervorgerufen. Das ist durchaus verständlich, denn gerade in den Tagen des Kampfes haben sich zahlreiche Beamte, die wir am Boden des Zentrums stehen, sehr energig gegen die Kappragierung eingesetzt, und es ist auch verständlich, wenn diese Beamte, wie der Reichstagsler selbst sagt, aus seinen Ausführungen einen Tadel herausgehört haben, einen Tadel, der sich gerade gegen diejenigen richtet, die den Kappristen Widerstand geleistet haben.)

Reichstagsler Marx verfuhr in der Unterredung noch einmal die Reichstage darzustellen, damit Herr v. Reudell beschneit werden kann, daß er damals die Situation nicht erkannt hat und daß deshalb, wie der Kanzler selbst sagt, keine Handlungsweise „durchaus entschuldigbar“ gewesen sei. Dadurch, daß die Handlungsweise des Herrn von Reudell entschuldigend werden muß, erkennt der Reichstagsler also erstens einmal selbst an, daß Herr von Reudell mindestens objektiv verfassungswidrig gehandelt hat, ein Handeln, das eine Entschuldigung.

Der Reichstagsler führt nun aber weiter aus, daß Herr von Reudell damals die Situation nicht übersehen habe, und daß deshalb eine subjektive verfassungswidrige Handlungsweise nicht vorgelegen habe. Hierin kann man dem Wädner des Kanzlers nicht folgen. Von einem reiflichen Vordat muß verlangt werden, daß er die Situation übersehen. Herr von Reudell hat sich ja auch nicht den Unfertigkeiten spielen wollen. Er hat sich ja auch nicht mindestens im Zweifel befunden, denn sonst hätte er sich nicht bei seiner vorgehenden Regierung in Frankfurt a. O. erwidert. Der Vordat ist kein reiner Verwaltungsbekannter, er ist ein politischer Beamter. Vordat von Reudell hat als politischer Beamter verfügt — um nun dafür das höchste politische Amt des Reichsinnenministers zu übernehmen. Was schon aus Anlaß der Reichstagsdebatte gesagt wurde, muß wiederholt werden: es handelt sich beim Fall des Herrn von Reudell nicht um einen Rechtsfall, sondern es handelt sich um eine politische Angelegenheit.

Man kann vielleicht nachträglich Entschuldigungsgründe finden und finden. Und man kann sagen, Herr von Reudell habe nur getarnt, was soviel anders gesagt werden können. Reichstagsler Marx möge aber bedenken, daß es neben denjenigen, die damals nicht wußten, auf welche Seite sie sich stellen sollten, und daß es weiter neben denjenigen, die sich glatt ins Lager der Kappristen schlugen, auch Männer genug gegeben hat, die der Kappragierung Widerstand bis zum Letzten geleistet haben. Freilich, Herr von Reudell gehörte nicht dazu.

Die Haltung des Landrats von Reudell in den Kappragen wird auch durch die zweite Erklärung des Reichsinnenministers Marx nicht gerechtfertigt. Noch weniger gerechtfertigt ist aber seine Haltung im Falle Trescow und die Konsequenzen, die aus dieser Haltung gezogen werden müssen, dürften ja wohl in aller Kürze erkennbar werden.

Bei unregelmäßiger Post-Bekleidung

beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiegen wird.

daß er bei seiner vorgehenden Dienstbehörde, dem Herrn Reichspräsidenten in Frankfurt a. O., angefragt habe, ob die Anweisungen des Militärbefehlshabers, des Kommandeurs in Frankfurt a. O. und des Kommandanten im Kürtier im Kreise Königsberg-Staumark zu befolgen seien oder nicht. Er hat dann weiter die Plakate des Militärbefehlshabers im Kreise verteilt und im Kreisblatt Flugblätter der sogenannten Kappragierung beiliegen lassen, Flugblätter, aus deren Inhalt ohne weiteres zu erkennen war, daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und die preussische Staatsregierung richteten.

In erfreulichem Gegensatz zu dieser Haltung des jetzigen Verfassungsinners steht die des Reichspostministers Dr. Schätzel. In der freigelegten öffentlichen Beamtenzeitschrift „Post und Telegraphie“ wird über Dr. Schätzel mitgeteilt:

„Von dem neuen Reichspostminister Dr. Schätzel wissen wir, daß er sich in entscheidenden Augenblicken treu zur Verfassung und zur Republik eingestellt hat. Das ist für ihn ein großes Plus. Man erzählt sich, daß, als feinerzeit in bewegten Tagen der bayerische Verkehrsbeamtenbund seinen Mitgliedern mitteilte, daß sie, obgleich Reichsbeamte, als Bayern aus Weisungen von der bayerischen Staatsregierung entgegennehmen müßten, Herr Dr. Schätzel den Leitern dieses Bundes erklärt habe, daß er nur nach den Weisungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung handeln werde. Damit war einem bayerischen Spatz zum großen Teil das Rebenslicht ausgeblieben. Als treu zur Verfassung und zur Republik stehend bringen wir dem neuen Reichspostminister auch als Mitglied einer Reichsregierung ein Stück Vertrauen entgegen, das sich je nach den Taten des Ministers vergrößern oder verkleinern wird.“

Das preussische Polizei-Beamtengefecht.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ von unterrichteter Stelle erzählt ist dem preussischen Kabinett nennigste der endgültige Entwurf eines Polizei-Beamtengefechtes zugestimmt worden. Nach der Beschlußfassung der preussischen Staatsregierung, die in einigen Tagen zu erwarten ist und an deren zukünftigen Charakter sich Zweifel besteht, wird die Vorlage dem preussischen Staatsrat und alsdann dem preussischen Landtag zugestimmt werden.

Die Meldungen, die von einer bereits fertiggestellten Vorlage an den Staatsrat sprechen, eilen also den Tatsachen voraus. Ebenso ungenau ist auch eine durch die Fachblätter gegangene Mitteilung, wonach der Gesetzentwurf der Interparlamentarischen Militärkontrollkommission zur Prüfung vorgelegen habe. Es handelt sich vielmehr lediglich um Besprechungen und Fühlungnahme mit der Z. M. K., um eine Einigung über die Auslegung der zwischen der Reichsregierung und der Reichsministerkonferenz vereinbarten Richtlinien zu erzielen, die im Zusammenhang mit dem ganzen Komplex der Entwürfe und Polizeigesetzen und ihrer Durchführung stehen.

Die neue Fernsprecherordnung.

Der Verwaltungsrat der Reichspost hat sich nennigste zu einer auf absehbare Zeit entgültigen Regelung der Fernsprechartie durchgerungen. Entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung und des Unterausschusses wird die Grundgebühr mit ermäßigten Sätzen von acht bis drei Reichsmark wieder eingeführt werden und die Dreigesprächsgebühr soll einmischlich 10 3 betragen. Jeder Teilnehmer hat monatlich 20 bis 40 Ortsgespräche zu bezahlen. Im Fernverkehr werden die Gebühren auf Entfernungen von 15 bis 75 km von 45, 90 und 120 3 auf 40, 70 und 90 3 herabgesetzt. Diese Regelung stellt gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Reichspostverwaltung zweifellos eine gewisse Ermäßigung dar, die aber angesichts der insgesamt in Deutschland verteuerten Fernsprechkosten nicht als ausreichend angesehen werden kann. Geblieben ist die Teilung in Grundgebühr und Gesprächsgebühr, damit auch die Gesprächskontrolle und mit ihr eine Menge überflüssiger Arbeit und viel Gelegenheit zu unerschütterlichen Auseinandersetzungen zwischen Leitern und Publikum. Die Dinge werden nicht eher eine den Bedürfnissen der Wirtschaft wirklich entsprechende Regelung finden, ehe sich nicht die Post entschließt, in großzügiger Weise den Grundsat, großer Umfag — kleiner Nutzen in der

Larfigebahrung zum Ausdruck zu bringen. Jetzt tut sie das Gegenteil. Ebenso wichtig ist aber auch die Ablehnung der Hofausstattungspolitik. Auch in dieser letzten Sitzung des Verwaltungsrats hat der Staatssekretär Dr. Jochenabend die Behauptung vertreten, daß ein weiterer Ausbau und die Automatisierung des Fernsprechnetzes unmöglich sei, wenn nicht eine entsprechende Tarifgestaltung die erforderlichen Betriebsüberschüsse garantiere. Noch immer kann man sich nicht entschließen, in dem Maße, wie es nötig wäre, die Mittel für werbende Anlagen auf Anleihekonten zu nehmen. Es wird notwendig sein, bei den Verhandlungen im Reichstag der ja der Regierung zukommen muß, die Reichsfinanzverwaltung mit allem Nachdruck auf die allgemein anerkannten faunmännlichen Grundzüge der Betriebsführung hinzuweisen.

Ehrung für Staatspräsident Dr. Sieber.

Der Gemeinderat in Heilbronn hat beschloffen, in besonderer Würdigung seiner Verdienste als Staatsmann und würtembergischer Ministerpräsident nach dem Staatspräsidenten a. D. Sieber eine Straße in Heilbronn Hiebertstraße zu nennen.

Reichswasserstraßenverwaltung Mainz.

Die Abgeordneten Kroll, Dr. Raschig und die übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion haben nachfolgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Sitz der Reichswasserstraßenverwaltung für das Stromgebiet des Rheins nach Mainz zu legen.

Vier Gruppen und ein Galt.

Durch den Herauswurf Rube's haben die häuslichen Zustimmigkeiten unter den Wältschen den Charakter einer Groteske bekommen. Die Annahme, daß die Fraktion der Wältschen nun keine Fraktion mehr sein würde, bestätigt sich nicht, denn der herausgeworfene Rube wird an der Fraktionsgemeinschaft der Wältschen festhalten und insoweit noch den einigartigen Auseinanderfall dieser Gruppe für eine Zeit wenigstens nach außen hin aufhalten. Nummerhin bietet sich das familiäre Bild, daß statt der drei wältschen Gruppen und Herrn Best als Galt nunmehr vier wältsche Gruppen entstanden sind, bei denen der frühere deutschnationale Abgeordnete Best das Gastrecht genießt.

Das erste und das zweite Reichskabinett.

Am 17. Januar 1926 wurde über eine der ersten Sitzungen des Reichskabinetts Luther Nachfolgendes bekannt gegeben:

„Das Reichskabinett hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der u. a. die Frage der Arbeitszeit in Kokereien und Hohenfenern behandelt wurde. Das Kabinett vertrat in seiner Weise die Schwierigkeiten, die der Industrie aus einer teilweisen Rückkehr zum Dreischichtsystem gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt erwachsen, hielt jedoch die sozialpolitische Bedeutung der Frage für so schwerwiegend, daß es gleichwohl einstimmig dem Antrag des Reichsarbeitsministers beirrat, den Satz des § 7 der Arbeitszeitverordnung auf Kokereien und Hohenfenerwerke zu erstrecken.“

Um unsere Freunde in Stadt und Land!

Schon mehrfach haben wir die Bitte geäußert, an dem Ausbau unseres Wochenblattes mitzuwirken, insbesondere um Einbindung von Beiräten, aus den Orts- und Kreisvereinen sowie aus der Tätigkeit anderer Gemeinde- und Kreisvereiner. Unser Blatt kann nur interessant gestaltet werden, wenn auf der ganzen Linie unsere Freunde das kleine Opfer auf sich nehmen und uns über alle wichtigen Vorkommnisse laufend berichten.

Am 8. Februar 1927 wurde über eine der ersten Sitzungen des Reichskabinetts Marx mitgeteilt:

„Das Reichskabinett hat am Dienstag seine geschäftsordnungsmäßige Zustimmung zu den drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers erteilt, welche auf Grund des § 7 des bestehenden Arbeitszeitgesetzes die Arbeitszeit für gewisse Arbeitergruppen in den Gaswerken, Metallhütten und in der Glasindustrie auf acht Stunden beschränken. Das Kabinett gab ferner seine Einwilligung zu einer beschleunigten Erledigung des in der Regierungserklärung bereits angekündigten Gesetzes über die Arbeitszeit.“

Die innere Vereinbarung dieser Kabinette ist offensichtlich; hier zeigt sich deutlich das Bestreben, Sozialpolitik zu markieren.

Aus dem Reich des Herrn von Röhne.

Im Grundbuch Werder (Sawel) ist für den bekannten Herrn von Röhne auf Behov ein Vorkaufsrecht auf sämtliche Grundstücke der Gemeinde Mittelbush auf Schmöllensee eingetragen. Dasselbe befristet seit über 100 Jahren. Wenn ein Grundstück zum Verkauf gelangt, muß der Besitzer des Herrn von R. auf dem Grundbuchamt eingetragen werden. Es wird jedoch immer weiter fort, so daß Herr v. R. bei dem nächsten Verkauf das Grundstück erwerben kann, falls er gerade Geld hat.

Da das Dorf Mittelbush ganz von dem Eigentum des Immobilienbesitzes umgeben ist, kann niemand Land kaufen, denn Herr v. R. vertritt nicht. Das eingetragene Vorkaufsrecht erlaubt ihm denn, bei Verkäufen im drangesetzten Sinne einzugreifen. Es muß ihm also im Laufe der Zeit das ganze Dorf widerstandlos zufallen. Das habe er schon an sich gebracht.

Die Gemeinde liegt unmittelbar am Schmöllensee, kann jedoch nicht ans Wasser, da Herr v. R. den Zugang verbietet. Ein Enteignungsantrag der Gemeinde zwecks Schaffung eines Zugangs zum See liegt beim Kreisaußschuß bezig, kommt jedoch nicht vom Ziel, obwohl ein öffentliches Interesse vorliegt.

Die Demotoren und der Abgeordnete Schult.

Der geschäftsführende Vorstand des Reichsausschusses Deutscher Demokratischer Beamten (Vorstand der Regierungsrat Gerhard Bogt) hat folgende Erklärung abgegeben:

Nach einem Bericht des vom Göttinger Beamtenrat der D. D. B. eingehenden Sachverständigenausschusses für die Beratung der Reichsbedienstetenreform, dem die Herren Oberverwaltungsrat Dr. von Duldig, Ministerialdirektor Dr. Jald und Verbandssprecher Redepening angehören, erklärt der Reichsausschuh der

deutschen demokratischen Beamten zu den Angriffen Reichstagsabgeordneter Steinkopf gegen den Reichsabgeordneten Schult-Steglich, daß er die Tätigkeit Abgeordneter Schult bei der Beratung der Reichstagsreform am 14. Ausschuh des Reichstags in eine Unannehme billigt und diese Angriffe im Interesse Zusammenarbeit aller Republikaner disauert.

Ein Bauernvertreter im Reichsbahn-Verwaltungsrat.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in den Beratungen der Reichsbahn-Gesellschaft auch ein Vertreter deutscher Bauernschaft entsandt wird.“

Einseitige Betriebsstatistiken.

Zum Zwecke der Vereinfachung, insbesondere Zweck einer besonderen Durchführung der Gesetze hinsichtlich der Entscheidung von Betriebsratsmitgliedern in Ausführsrat sind die Spitzenorganisationen der arbeitslosen und der freien Gewerkschaften im Bezirke Rheinland-Westfalen übereingekommen, dahin zu streben, daß Betriebsratswahlen einseitig in allen Betrieben an selben Tagen vorgenommen werden. Hierbei soll das Spiel befolgt werden, das die Bergarbeiterchaft des R. gebiets schon seit Jahren gegeben und das sich zum N. der Arbeiterchaft sehr bewährt hat. Als Termin für Vornahme der Wahlen ist die Zeit vom 28. bis 31. 3. 1927 beschloffen worden.

Deutschnationaler Freijungener.

Der deutschnationale Ortsverein Bielefeld hat Erklärung der politischen Lage eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Von der Parteilichkeit und der deutschnationalen Landtagsfraktion erwarten wir, daß sie den beschränkten Erklärungen von jedem Mittel Gebrauch gemacht, um auch eine Veränderung in den preußischen Verhältnissen zu erzwingen und den verhassten Einfluss der Sozialdemokratie in der preußischen Verwaltung zu brechen.“

Reichsrechtswissenschaftler und Mittellandanal.

Im Zusammenhang mit den Nachrichten über etwaige geplante Einstellung der Arbeiten am Mittellandanal ist in der Provinz Sachsen eine heftige Erregung entstanden. Der Landeshaupmann der Provinz hat folgendes eine Erklärung veröffentlicht, nach der die Provinz auch im Hinblick darauf verständlich gewesen ist, daß die Zusageoffnahme der Arbeiten unbegründlich hat habe auf sich warten lassen. Weiter hat der Landeshaupmann an den deutschnationalen Reichsrechtswissenschaftler Dr. Koch die Bitte gerichtet, die Provinz Sachsen die eine entsprechende Erklärung zu beschaffen.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müll, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Wlfa. Str.), Delfsch

Schlacht- u. Marktvielh-Ausstellung
mit fachgewerblicher Ausstellung
in Köln am 1., 2. u. 3. April 1927

Namensbannen müssen bis zum 1. März an Schiedsrichterkommission, Köln, eingereicht werden. Namensbannformulare und nähere Beskannt befinden sich bei den

Wilhelm Kobell's
ff. Wurstwaren
ff. Fleischwaren
Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.
Magdeburg
Bärplatz Fernruf 7282

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Otto Wolters
Kölner Str. 18 Tel. 1130
Bürg. Gaststätte m. Fleischschreiber.
Geöffnet früh 7.30 Uhr

Die Hilfe
Halbmonatschrift für
Politik, Literatur und Kunst
Begründer:
D. Friedrich Naumann
Herausgeber:
Anton Erkelenz
Dr. Gertrud Bäumer
M. v. A.
Preis 4.50 M. im Vierteljahr
Man bestell bei der Post,
beim Buchhändler oder beim
Verlag Ernst Lisske, Erben,
Berlin G2, Breite Straße 69

**Saubere, junge,
anständige Frau**
eicht Aufwartung
einige Stunden am
Tage, Df. H. 5, 28
an die D. D. B.
Wir fertigen
**Druck-
sachen**
für jeden Bedarf
schnellstens an
Buchdruckerei
**Hugo Alpers,
Deltzsch,
Fernruf 466.**
D. D. B.
Fernsprecher
8095

**Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter**
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt
Molkerei Alljährden in Oldenburg.

2 große helle
Büoräume
mit Telefon, in guter Lage, 5 Minuten
vom Bahnhof so fort oder 1. März
abzugeben. Offerten unter 27 bs. Blatts.

Stärkt die Demokratie!

Wer dem Vaterlande nützen will,
für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt,
der reicht zur gemeinsamen Arbeit
allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Ausnahme meldet sich:

Name: _____
Vorname: _____
Beruf: _____
Wohnort: _____
Straße: _____ Nr. _____
Bemerkungen: _____

Ausgefüllt einzuliefern an die
Deutsche Demokratische Partei
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße 21;
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

**Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“**
Bes. Ad. Thurnagel

**Windjacken - Breechesosen
Arbeiterbekleidung**
sehr billig nur in
PRESSLER'S TEXTILHALLE
Dultzeulße 8.

**Bauern und Kleinbauern
Pächter und Siedler**
verlangt die
Deutsche Bauernzeitung.
Probestücke kostenlos.

Reichsverband landwirtschaftl
Klein- und Mittelbetriebe,
Berlin N. 24, Ronbijouplatz 3.

Die Hirtsfelder-Berordnung bleibt.

Ein schwerer Schlag gegen die Gewerbetreibenden. Die Verhandlungen im Wohnungsausschuß des preussischen Landtages über die freizugebende gewerbliche Räume aus der Wohnungswirtschaft haben ein überraschendes Ergebnis gehabt. In der öffentlichen Erörterung der Hirtsfelder-Berordnung, sei es in den Zeitungen, sei es in Versammlungen der Interessenten, hatten Vertreter aller Parteien zum Teil sehr heftige Kritik an ihr geübt und betont, daß eine Aufhebung, zum mindesten aber eine wesentliche Milderung dringend geboten sei. Selbst die Wirtschaftspartei, deren Hauptaufgabe doch eine radikale Vertretung der Interessen des Hausbesitzes ist, hatte zugeben müssen, daß die Berordnung zu vielfach ganz maßlosen Mietererhöhungen geführt hat, und hat auch ihrerseits Abhilfe versprochen. In der Tat, vor das Material ausgedehnt geprüft hat, wer den Mietererhöhungen in ihrer Existenz bedrohter Gewerbetreibender beigemohnt hat, der kann nicht im Zweifel darüber sein, daß hier eine schwere Gefahr vorliegt und ein erster Notruf ertönt. Man kann auch nicht gleichmütig den Ausweg der gewerblichen Mieten dem freien Spiel der Kräfte überlassen, in der Hoffnung, daß durch das Spiel von Angebot und Nachfrage schon das Gleichgewicht wieder hergestellt werden wird. Denn für den Gewerbetreibenden ist ein Gehältsstapel sehr viel mehr, als für den gewöhnlichen Mieter die Wohnung. Es ist die Grundlage seiner ganzen Existenz. Wenn sie ihm genommen oder mafios verteuert wird, wird es ihm in vielen, ja in den meisten Fällen, nicht möglich sein, einen Ersatz zu finden. Vielen Tausenden von Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes droht also jetzt die wirtschaftliche Vernichtung.

Umso bodenständiger und erschlauerlicher ist es, daß der Notruf der Gewerbetreibenden im Ausschuß des Preussischen Landtages nur einen Widerhall gefunden hat, den man fast als Beförderung ansehen muß. Die Parteien der Rechten, insbesondere die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die zunächst weitgehende Anträge zugunsten der Gewerbetreibenden eingebracht hatten, suchten diese zum Schluß wieder zurückzugeben. Als ihnen nachgewiesen wurde, daß das geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig ist, stimmten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gegen ihre eigenen Anträge. Lediglich ein Abjag eines deutschnationalen Antrags, in dem die Einrichtung von Schiedsstellen gefordert wird, wurde angenommen, desgleichen ein demokratischer Antrag, der die Mieters bildender Künstler aus dem Rahmen der gewerblichen Räume herausnimmt. Dieser Ausgang der Angelegenheit stellt die Demagogie in vollem Licht mit der auf jener Seite politische Angelegenheiten behandelt werden. Zunächst hatte man den Gewerbetreibenden mit den weitestgehenden Versprechungen den Mund zu stopfen versucht, als aber die Stunde der Tat gekommen war, brühte man sich unter vielen ähnlichen Beteuerungen, deren Wert die Gewerbetreibenden selbst ermaßen können, letztendlich in die Büsche. Nur die Demokratische Partei blieb als einzige von den nichtsozialistischen Parteien bei ihrer Auffassung, daß die Berordnung unhaltbar sei und aufgehoben werden müsse.

Der Entwurf des neuen Polizeibeamtengesetzes.

Die Preussische Staatsregierung legt dem Staatrat den Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes nebst Begründung vor, durch den die Rechtsstellung der gesamten Polizeibeamtenschaft auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Der Entwurf war schon seit längerer Zeit fertiggestellt; seine Vorlage wurde aber durch außerordentliche Veränderungen verzögert, so daß wiederum eine Veränderung des von vornherein nur als Uebergangsregelung gedachten Schutzpolizeibeamtengesetzes vom 16. 8. 1922 notwendig wurde.

Der neue Gesetzesentwurf trägt, wie der Amtliche Preussische Präsident schreibt, den tatsächlichen veränderten Verhältnissen Rechnung. Zwar wird es für eine Uebergangsregelung von etwa 4-5 Jahren noch unummeidlich bleiben, einen Teil der starken Jahrgänge, die in nächster Zeit die zwölfsährige Dienstzeit vollenden, in der bisherigen Art zu entlassen, um eine Ueberalterung der Schutzpolizei und damit die völlige Störung des Nachschubes und der Aufsteigsmöglichkeit zu vermeiden. Im übrigen trägt der Entwurf dem bereits beim Aufbau der Schutzpolizei vorgezeichneten Gedanken der Einheitspolizei Rechnung. Danach soll grundsätzlich jeder tüchtige in die Schutzpolizei eintretende Anwärter in ihr oder einem anderen Polizeidienstzweig auf seinen Lebensberuf finden. Von dem bisherigen Verordnungsverfahren kommt daher für die Neuregelung ganz abgesehen werden.

Der Entwurf beschäftigt sich mit den Rechtsverhältnissen aller Polizeibeamten, einschließlich der Beamten der Landjägerei und kommunalen Polizei, wobei auch der Übergang von der Schutzpolizei in die anderen Dienstzweige geregelt wird. Die Schutzpolizeibeamten werden das allgemeine Beamtenrecht empfangen, soweit die besonderen Dienstverhältnisse der Polizei dies zulassen. Für die jungen Polizeianwärter, die ohne Vorbildung eintreten, sind vom Staate erst ausgebildet werden, sowie für die Schutzpolizeibeamten, für die jederzeit eine Verwendung in geschlossenen Verbänden in Frage kommt, sind gewisse Abweichungen unummeidlich. Aber auch die jetzt in den unmittelbaren Staatsbeamten und sind personenspezifisch. Im Gegensatz zu früher ist eine verbesserte Unfallversicherung für alle Polizeibeamten geschaffen worden.

Dem bisherigen Rechte entsprechend erfolgt die unmittelbare Anstellung der Beamten des Vollzugsdienstes

grundsätzlich mit dem 32. Lebensjahre. Die Möglichkeit der Pensionierung ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit ist für die auf das 60. Lebensjahr festgelegt. Die Polizeioffiziere gehören bis zum 10. Dienstjahre zu den übrigen kriegsdienstfähigen Beamten. Die älteren Polizeioffiziere können mit Pension verabschiedet werden, wenn sie bestimmte, vom Minister des Innern noch festzulegende Altersgrenzen überschritten haben oder für ihren verantwortlichen Dienst die nötige Eignung nicht mehr besitzen. Im letzteren Falle können ihre Einwendungen durch einen besonderen Ausschuß begutachtet werden.

Im ganzen soll das Gesetz die Grundlage sein für eine energieliche Weiterentwicklung der Polizei, deren Aufbau jetzt im allgemeinen als abgeschlossen angesehen werden kann.

Gewerkschaften gegen Ueberstunden.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner letzten Sitzung, in der die Sprachpraxis einzelner Schlichter und die Verbindlichkeitserklärung verschiedener Sprüche der letzten Zeit zur Diskussion stand, die folgende Entschließung an: „Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt einmütig Protest gegen die zahlreichen Schiedssprüche, die auch in der letzten Zeit noch den Arbeitern die Leistung von weitgehender Ueberzeitarbeit über den Achtstundentag hinaus auferlegt haben. Es ist eine offene Erniedrigung der Gewerkschaften und

Der neue Führer des deutschen Sängerverbandes



Georg Brauner, der bisherige Vorsitzende des Berliner Lehrer-Gesangsvereins, ist zum ersten Vorsitzenden des über 200 Vereine zählenden Deutschen Sängerverbandes gewählt worden.

der gesamten organisierten Arbeiterschaft und eine Verhöhnung der Arbeitsethik, wenn solche Schiedssprüche überdies noch vom Arbeitsminister verbindlich erklärt werden. Der Bundesausschuß hält es für seine Pflicht, vor den Folgen öffentlich zu warnen, die in absehbarer Zeit dazu führen müssen, das öffentliche Schlichtungsverfahren vollkommen zu erschüttern. Das Lebensinteresse der Arbeitsethik und die immer steigende Notlage der Millionen Arbeitsethik erfordern, jeder Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten. Der Bundesausschuß erklärt es deshalb erneut als Pflicht der gesamten Arbeitsethik, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß unbedingt zu verweigern. Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern in Leipzig spricht der Bundesausschuß seine volle Sympathie aus und befehlt sich bei größerer Ausdehnung des Kampfes weitere Beschäftigung vor.“

Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reichstagsabgeordneter Graumann, wurde beauftragt, diese Entschließung dem Reichsarbeitskommissionar persönlich mitzuteilen.

Keine Mietererhöhung ohne Lohnherhöhung.

In seiner gestrigen Sitzung nahm der Bundesausschuß des ADGB, auch Stellung zur Frage der angekündigten Erhöhung der Mieten. In diesem Zusammenhang befragte er das gesamte Lohnproblem. Die Stellungnahme der Gewerkschaften zu diesen beiden Fragen kam in folgender, einstimmig angenommener Entschließung zum Ausdruck:

Während die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen die wichtigste Voraussetzung für eine Ueberwindung der herrschenden Arbeitslosigkeit ist, droht die Wirtschaftspolitik der Unternehmer und der Regierung die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten noch weiter herabzudrücken. Trotz der Nationalisierung und der vermehrten Ausweitung der Arbeitsethik zeigen gerade die Maschinenvertragsarbeiter der Industrie keine oder eine ganz geringe Preissteigerung, die den Gewinnern der Unternehmungen auch nicht entfernt entspricht. Statt dessen steigen die Lebensmittelpreise. Hinzu droht eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmieten zu treten.

Das von den großen Wirtschaftskreisläufen der Unternehmer unterfertigte Drängen der Hausbesitzer nach beschleunigter Erhöhung der Wohnungsmieten soll schon vom

1. April ab zu einer weiteren Mietererhöhung um 20 Prozent führen. Die Gewerkschaften haben vor diesem volkswirtschaftlich unberechtigten und gefährlichen Schritt eindringlich gewarnt. Sie müssen unter Hinweis auf die von ihnen veröffentlichten Richtlinien für den Wohnungsbau diese Warnung in letzter Stunde wiederholen.

Sollte entgegen allen volkswirtschaftlichen Erwägungen trotzdem die jetzige Mehrheit des Reichstages die angekündigten Mietererhöhungen beschließen, so fordert der Bundesausschuß des ADGB:

„Die Rente der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden.“

Alle eintretenden Mietererhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnherhöhungen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzusehen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Mietererhöhungen automatisch durch Lohnherhöhungen ausgeglichen werden.

Darüber hinaus muß aber zur Beseitigung der allgemeinen Notlage der Arbeiterschaft, zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und zur Ueberwindung der chronischen Arbeitslosigkeit mit größter Beschleunigung das Lohnniveau systematisch erheblich gehoben werden.“

Der günstige Stand der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigt diese Forderung.

Von den amtlichen Schiedsorganen, die an der Lohnfestsetzung mitwirken, muß gefordert werden, daß sie in ihren Schiedssprüchen nicht etwa nur die Mietererhöhungen ausgleichen, sondern darüber hinausgehende Lohnherhöhungen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Die Gewerkschaften fordern Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufsicht in Preußen.

Wie aus der „Gewerkschaftliche Preussendienst“ mittelt, haben sich die freiberuflich-nationalen, freiberuflich-nationalen und freien Gewerkschaften an die Preussische Staatsregierung, die Fraktionen und die Mitglieder des Preussischen Landtags mit einer Denkschrift gewandt und den Ausbau der gewerbe- und Handelsaufsicht gefordert. Die Gewerkschaften aller Richtungen erwarten, daß der Landtag bei der Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1927 zunächst eine Vermehrung der Stellen für den mittleren Gewerbeaufsichtsdienst vornimmt, die es ermöglicht, alle revisionspflichtigen Betriebe mindestens einmal im Jahre zu kontrollieren. Die jetzt vorhandenen Kräfte reichen nicht aus, um die gemalten Aufgaben zu bewältigen. Dabei sollen alle neu zu schaffenden Stellen wie bisher mit Arbeitern und Angestellten besetzt werden, die mit dem praktischen Arbeitsleben vollkommen vertraut sind. Die Gewerkschaften führen zur Begründung an, daß in den Verhandlungen des Preussischen Landtags von den verschiedensten Parteien mit Recht darauf hingewiesen sei, daß eine Besetzung der Stellen mit Arbeitnehmern wesentlich zur Förderung des Vertrauens der Arbeiter und Angestellten zur Gewerbeaufsicht beitragen würde.

Neben einer Vermehrung der Stellen wird auch eine Höhergruppierung der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten für unerlässlich gehalten. Gleichzeitig wird in der Denkschrift der Standpunkt vertreten, daß die bisherige Besetzung der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten in keiner Weise den an sie gestellten hohen Anforderungen entspricht. Im Haushalt für das Rechnungsjahr 1927 sollte deshalb die Besetzung der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten zunächst nach Gruppe 7 vorgezogen sein. Für die Gewerbeoberkontrolloren und Gewerbeoberkontrollorinnen befristeten die Gewerkschaften die Besetzung nach Gruppe 8. Die Zahl dieser Stellen soll je bemessen sein, daß alle mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten, die die vorgeschriebene Prüfung bestanden haben, in solche Stellen aufsteigen können. Eine solche Gruppierung würde keine Ausnahmeregulierung darstellen. Sie entspricht vielmehr einer Bewertung dieser wichtigen Stellung, wie sie bereits in anderen Ländern, z. B. Sachsen, Hessen, Württemberg, Baden und Württemberg, üblich ist.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Berufsausschüsse

Deutscher Demokratischer Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, den 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammtag: Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist Parteibeteiligung.

Demokratische Jugend. Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim, Zimmer 8: Wortabend „Das Wesen des Unternehmertums“. Redner Herr Dr. Schroeder. Gäste willkommen.

Demokratische Frauen. Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, Vortragabend in der Freundschaft, Bräutleinstr. 32. Das Referat hat Frau Wg. Dr. Klausner übernommen.

Gruppe Neues-Nestadt: Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, im „Marktshöfen“, Wendenstraße 6, Versammlung, Vorstandswahl und Vortrag von Herrn Regierungsrat Baustich über „Politische Gegenstände“. Gäste durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Queblinburg: Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr im „Bunten Lamm“ Vortragsabend. Stadtd. D. D. P. Magdeburg spricht über „Die Sorgen des Mittelstandes“.

D. D. P. Werbedresfen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Magdeburg haben in den letzten Tagen ein Rundschreiben der Werbedresfen bekommen. Wir erwarten von allen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie aus die geduldeten Werbedresfen umgehend überweisen. Niemand darf sich bei der diesmaligen Werbung auszeichnen.

D. D. P. Magdeburg (Politische Aussprache).

Die am letzten Sonntag veranstaltete politische Aussprache wies wiederum einen sehr guten Besuch auf. Landtagsabgeordneter Rektor Herrmann behandelte aktuelle politische Tagesfragen. Einleitend wies er auf die von den Demokraten geleistete Arbeit und auf ihre Bestrebungen zur Stärkung und Festigung der Republik hin. Wenn nicht alle Wünsche der Demokraten erfüllt seien, so läge das einfach daran, daß man auf die Wirkung der Koalition vorhandenen Parteien Rücksicht zu nehmen habe. Gewiß gäbe es manche Probleme, die nicht den Beifall der Demokraten finden. Im großen ganzen können auch die Demokraten mit der geleisteten Arbeit der Weimarer Koalition und der Koalition der Mitte durchaus zufrieden sein. Die Weimarer Koalition habe ganz besonders in der Innenpolitik sehr beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen. Zur Zeit stehe die D. D. P. in der Opposition. Sie habe nicht ohne sachlichen Grund die Mitarbeit in der Regierung abgelehnt. Die Deutschnationalen, die heute in der Regierung eine sehr wichtige Rolle spielen, haben bisher die von Minister Stresemann geführte Außenpolitik abgelehnt. Sie haben ferner wiederholt erklärt, daß sie Gegner der Republik und Monarchisten sind. Mit solchen Parteien kann die D. D. P. keine gemeinsame Politik betreiben. Es sei abzumachen, ob die Deutschnationalen die von dem Zentrum vorgelegten Richtlinien objektiv hinnehmen. Die Demokratische Partei werde im Reiches stets objektiv handeln und dem Staat das gewähren, was er zu seiner Lebensnotwendigkeit bedarf. Die hochinteressanten Ausführungen fanden förmlichen Beifall. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Entschließung.

Die Deutsche Demokratische Partei Magdeburg steht einmütig hinter der demokratischen Reichstagsfraktion und der von ihr befolgten Politik. Sie teilt mit ihr das Mißtrauen gegen die in der Regierung eingetretenen Feinde der demokratischen Republik, da sie glaubt, an der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der letzteren in Wort und Schrift gebunden. Die Demokratische Partei werde im Reiches stets objektiv handeln und dem Staat das gewähren, was er zu seiner Lebensnotwendigkeit bedarf. Die hochinteressanten Ausführungen fanden förmlichen Beifall. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

In der Aussprache wurden Fragen des Konfordsats angesprochen. Herr Dr. Bohner gab unter lebhaftem Beifall einige grundsätzliche Äußerungen bekannt. Wir behalten uns vor, demnächst zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

An andere Postbezieher!

Bis 24. Februar muß der Bezug für den Monat März erneuert werden. Nach dem 24. Februar erhebt die Post zu den Bezugsgebühren eine besondere Gebühr von 2 s.

Rechtzeitige Erneuerung des Bezuges ist notwendig, damit keinerlei Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Deutsche Demokratische Partei.

Kirche und Republik. In einer Versammlung der Stadtteilgruppe Nordfront-Alte Neustadt sprach Konrektor Penning über „Kirche und Republik“. Die zugehörigen Ausführungen fanden in der Versammlung gute Aufnahme. An der Aussprache beteiligten sich die Herren: Vizepräsident Hausmann, Schneider, Wenzel, Katenhödt, Weder, Frau Zehle und Frau Meyer. Wir kommen auf das Referat im nächsten Nummer zurück. Die berufsnationale Magdeburger Tageszeitung bringt über diese Versammlung einen Bericht, der nicht unvoreingenommen über die Presse, die Aussprache vertraulich zu behandeln, damit die Disziplin nicht Gelegenheiten hätte, sich ganz frei und offen im geschlossenen Kreise der Demokraten, zu äußern. Diese Laune benutzte die Magdeburger Tageszeitung, um zu behaupten, der Versammlungsleiter hätte nicht ohne Grund Wert auf die vertrauliche Behandlung der Aussprache gelegt. Diese Behauptung ist vollkommen unrichtig. Es ist auch unrichtig, wenn die Magdeburger Tageszeitung behauptet, die Deutsche Demokratische Partei hätte in der Zeitung eine öffentliche Disziplin angeklagt. Abgesehen davon, die Demokraten sind sehr duldsame Menschen, die selbst in einer demokratischen Stadtteilgruppenversammlung den Berichterstatter der deutschen nationalen Tageszeitung zulassen. Dieser gute Reporter bringt es fertig, über Herrn Vizepräsident Hausmann zu schreiben, daß er in einem Zwischenruf empfohlen habe, die „reaktionären Stahlhelmsparten auszurotten“ und, daß er ferner eine „hitjige“ (?) Äußerung die Deutschnationalen geritten habe. Wer Herr Vizepräsident Hausmann näher kennt, weiß, daß er solchen Uninn, um seinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, nicht redet. Vizepräsident Hausmann hat sich in durchaus sachlicher Weise zur neuen Regierungsbildung geäußert. Die deutschnationale Tageszeitung hat von ihm eine Berichtigung erhalten, in der es heißt:

„Es ist un wahr, daß ich in einer Ortsgruppenversammlung der Deutschen Demokratischen Partei einen Zwischenruf gemacht habe, der empfindlich, die „reaktionären Stahlhelmsparten auszurotten“, richtig ist vielmehr, daß ich keinen Zwischenruf gemacht habe, der auch nur in ähnlichem Sinne gedeutet werden könnte. Es ist ferner un wahr, daß ich den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung als eine „Geste und Heuchelei bezeichnet habe, was ich vielmehr, daß

ich entgegen der Ansicht des Vortragenden meiner Meinung dahin Ausdruck gegeben habe, daß ich, in dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Festigung der demokratischen Republik nicht erblicken und nicht verstehen könnte, daß die Herren, die doch innerlich überzeugte Monarchisten seien, die Richtlinien des Reichstanzlers hätten anerkennen können.“

Börslicher „Großwahr!“

Das völlische „Großwahr!“ ist schwer an Grippe erkrankt und liegt im hohen Fieber. Es hat phantastisch, daß der völlischen Bewegung die Zukunft gehört und daß die Massen zu Millionen unter der Fahne des Bakterienreues aufmarschieren. Die Demokraten seien fast vollständig verschwunden und das kleine Magdeburger demokratische Blattchen habe aufgehört zu existieren. Im Fiebertraum zeigen sich solche Bilder, zumal der geistliche Leiter der „Großwahr!“ seit Jahr und Tag Artikel in benennenswerten „Blattchen“ macht. Als das sensationslustige Blattchen ausgeschrieben hatte, war es aus mit dem völlischen Herrlichkeit und dem völlischen Großwahr!. Die Massen von Thüringen waren erwidert. Dort hatten die völlischen bis her 7 Sige, geholt haben sie insgesamt 3, wozu einer noch fraglich erscheint. In Berlin ist der Abgeordnete Kuhn aus der Deutschnationalen Freiheitsbewegung ausgeschieden, Graf Reventlow ist ihm gefolgt und hat sich als getreuer Bundesknecht Herrn Fißler untergeordnet. Das Bild der völlischen Bewegung gilt sehr trübe. Die paar völlischen haben ihre liebe Not, unter gemeinsamer Führung zusammenzubehalten, damit sie wenigstens im Reichstag noch eine Fraktion darstellen. Das wird den einzigen äußerlichen Effekt darstellen, den die völlische Bewegung noch abzugeben hat. Sonst sind die völlischen auf der ganzen Linie aufgewichen. Ihre Vorfahren haben sich als angeeignet erwiesen, die Massen zu begeistern. Das „Großwahr!“, das sonst jede Kleinigkeit an die Glode hängt, hat von diesen Dingen bisher noch nichts berichtet. Es ist möglich, daß die „Großwahr!“-Redaktion die wichtigsten Vorgänge verschlafen hat. Es ist aber auch möglich, daß von den Magdeburger völlischen Schreibern alle diese Vorgänge orientiert sind. Die völlische Geschlossenheit wird am besten durch Nachstehendes illustriert: Als am Mittwoch, den 9. Februar ds. Js., der völlische Abgeordnete Henning einen Antrag, der sich gegen die Erhöhung der Biersteuer und gegen die Aufrechterhaltung der Tabaksteuer richtete, begründete, war kein Mitglied der völlischen Fraktion im Saale anwesend. Trotzdem brachte es dieser vorwichtige völlische Abgeordnete fertig, die Herbeigeeierung des Finanzministers zu beantragen. Was es übrigens mit diesen völlischen Weltverbessern liegt, davon weiß der „Vorwärts“ zu berichten. Ein Brief, den die inzunächst entlassene Schriftleitung (am 2. Februar) des „Deutschen Volksblattes“ an die Mitglieder der Gesamtleitung der deutsch-völlischen Freiheitsbewegung“ richtete, beauftragt den Geschäftsführer des Verlages, in dem die genannte Zeitung erscheint, Herrn Selzer, 10 000 Mark, die er ausliefen eines Vertraus von Anteilen zur Bekämpfung von Verlagschulden erhalten hatte, für persönliche Zwecke verwenden zu haben. Er soll weiter den Kampf, den das „Deutsche Volksblatt“ führt, als „ausgeschlossen“ aufgeben und sich einige Wochen später an die

Für unsere Frauen

Gewerbslose Jugend.

Um das neunte Schuljahr.

Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist für alle Betroffenen ein schmerzliches Los. Und nicht nur das — sie ist eine Gefahr für den Einzelnen und, wenn unabweisbar lange Zeit große Massen der Arbeiterschaft darunter zu leiden haben, eine staatspolitische Gefahr. Unzählige, sorglose und mutlose Arbeitnehmerinnen können keine psychologisch starken Staatsbürger sein, nicht in dem Sinne, daß sie vertrauensvoll und zukunftsfroh für den Staat arbeiten. Wir kämpfen in Deutschland seit vielen Monaten gegen dieses Uebel der Arbeitslosigkeit der Massen. Trotz vieler Vorlesungen, vieler Versuche, ist noch keine Lösung dieses Problems gefunden worden, und von Vertretern der Arbeitnehmerschaft, von den Gewerkschaften, wird die Befürchtung geäußert, daß dieser Zustand noch jahrelang anhalten kann. Das periodische Ab- und Wiederaufsteigen der Gewerkschaften geben diesem pessimismus leider eher Recht als Unrecht.

Ist diese ungewollte Arbeitslosigkeit schon eine Gefahr für die Erwachsenen, so ist sie in ganz besonderer Weise für die Jugendlichen. Was soll mit den Hunderttausenden arbeitslosen Jugendlichen geschehen, zu denen Jahr für Jahr neue hinzukommen? Was sollen sie, die 1. U. ungeduldig auf die Möglichkeit des Beginns ihrer Berufsarbeit warten, tun? Wir stehen da vor einem Problem, dessen Bedeutung und Schwere von vielen Seiten richtig erkannt wird und an dessen Lösung alle mitzuwirken haben, denen das Wort: „Deutsches Jugend ist Deutschlands Zukunft!“ mehr ist als ein bloßes Schlagwort.

Diese Frage muß von mehreren Seiten betrachtet werden, wenn man nicht zu unbefriedigenden Resultaten kommen will. Es ist in der Tat so, daß die überwiegend große Masse dieser Jugendlichen, die innerlich ganz auf die selbstverständliche Notwendigkeit einer Berufsarbeit eingeleitet sind, nach Beendigung der Schulzeit ungeduldig auf den Beginn dieser Tätigkeit warten. Es bedeutet für sie eine ihnen nicht ganz verständliche Enttäuschung, wenn die Wirklichkeitsverhältnisse ihnen diese Möglichkeit nicht bieten. Es ist eine nicht zu unterschätzende psychologische Gefahr, daß der Arbeitswille in diesen jungen Menschen ohne ihre Schuld lähmgelegt wird. Andererseits, die aller-

größte Masse dieser Jugendlichen kommt aus den Volksschulen, deren soziale Lage so ist, daß sie auf frühen Mitverwerb ihrer Kinder angewiesen sind. Es wird nun von verschiedenen Seiten ernstlich der Vorschlag gemacht (Gewerkschaften haben schon Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden gemacht), daß ein „meant Schulpflicht“ eingeführt werden soll. Man will, daß diejenigen SchülerInnen und Schüler, die das Gehör der Volksschule erreicht haben, mit Handfertigkeits- und Haushaltungslernen der Beschäftigung des im bisherigen Unterricht Gelernten beschäftigt werden. Die anderen, die das Ziel der Volksschule nicht erreicht haben, sollen in den Schulfräulen weiter unterrichtet werden. Die dafür nötigen Lehrkräfte sollen aus der großen Zahl der stillenlosen JunglehrerInnen und aus den arbeits- und erwerbslosen Lehrkräften, Handwerkerinnen, genommen werden. Ein Vorschlag, der ganz richtig ernsthafte Beachtung verdient, selbst wenn man an die Kosten denkt, die dadurch dem Staat neu aufgelegt werden; ein Gegenwert für ihn liegt ja schon darin, daß er dem Hunderttausende beschäftigte, anstatt erwerbslose Jugend zählt. In Gewerkschaftskreisen wird aber der Einwand, daß die Eltern durch diese verlängerte Schulzeit ihrer Kinder gefährdet würden, weil die Kinder heute ja doch keinen Verdienst finden würden, recht oberflächlich abgetan. Ganz man freilich darüber nicht hinweggehen. Die Familien dieser VolksschülerInnen sind tatsächlich mit den kleinsten Mitteln und es bedeutet für sie sehr viel, wenn das soeben schulpflichtige Kind auch nur ab und zu, durch irgendwelchen Gelegenheitsverdienst, ein paar Mark oder auch nur ein paar Groschen nach Hause bringen kann. Gewiß ist dieser Grund nicht so schwerwiegend, daß man seinetwegen nicht den großen Wert der Weiterbildung der erwerbslosen Jugendlichen ernsthaft diskutieren sollte. Es fragt sich nur, ob man ohne Zwangsmaßnahme mit einem obligatorischen weiteren Schuljahr jetzt schon beginnen soll. Verschiedene Städte, vor allem Düsseldorf, haben durch Schulungsstellen verschiedenster Art Beschäftigung für die Jugendlichen zu finden gelernt, in einer Form, die doch keine so hemmende Bindung ist, wie sie das „meant Schulpflicht“ wäre; man berichtet, daß Düsseldorf mit seinen Versuchen den besten Erfolg hat. Auch Berlin versucht in Jugendheimen die erwerbslose Jugend durch Schulungsstellen zu

befähigen, s. T. mit mehr, s. T. mit weniger gutem Erfolg — und dieser Misserfolg bestätigt die oben geäußerte Behauptung, daß diese jugendlichen Erwerbslosen jede sich ihnen bietende Arbeitsmöglichkeit (aus verschiedensten Gründen) einer Weiterbildungsmöglichkeit vorziehen. Man sollte deshalb mit der Einrichtung eines neunten Schuljahres recht vorsichtig umgehen, weil ihm Hemmnisse entgegenstehen, deren Ursache in der Not unserer breiten Arbeiterschaft zu suchen ist.

Gertraud Wittfoth, Berlin.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Entstehung der demokratischen Frauen.

Der Reichsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat nach Annahme des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der demokratischen Reichstagsfraktion nachstehendes Schreiben geschickt:

„Der Reichsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei dankt der Reichstagsfraktion der D. D. P. im Namen der demokratischen Frauen für die günstige Stellungnahme bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, für dessen Annahme sich die demokratischen Frauen im ganzen Reich seit Jahren ausgesprochen haben. Besonders begrüßt wir auch dankbar die Haltung der Fraktion bei der Behandlung des sogenannten „Kurschäfer-Paragrafen“. Der Reichsausschuß dankt besonders noch der Wortführerin in dieser Sache, Frau Dr. Wilders, für ihr unermüdetes und wirksames Eintreten für dieses Gesetz.“

Die Heiratsaussichten der Frau.

Eine amtliche Statistik.

Nach den sehr vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung lassen sich beachtenswerte Resultate über die Gestaltung der Heiratsaussichten der heutigen Frauen generation machen. Vor dem Kriege waren die Heiratsaussichten der ledigen Mann im Alter von 18 bis 46 Jahren, einer ledigen Mann im Alter von 20 bis 50 Jahren heiratet zu können, besonders günstig in Oldenburg, Mecklenburg, Ostpreußen, Pommern, Sachsen und Baden, da in diesen Ländern die Zahl der männlichen Heiratspartner die

die Firma mit der Bitte gemeldet haben, dem „Deutschen Tageblatt“ ein Motorrad für eine Verlobung zu spenden. Der „Ehrenhof“ habe gegen Stielor auf Auslass aus der Partei erkannt, Herr o. Gräbe aber, der sich Urteil bereits befähigt hatte, habe als „Berufungsinstanz“ eine Verwarnung für ausreichend gehalten. Die ständige Redaktion meint am Schluß des Briefes, wenn die ganze Sache Angelegenheit der Öffentlichkeit sein würde, wäre die deutsch-völkische Freiheitsbewegung in ihrer heutigen Form moralisch erledigt. Amos nachfolgenden, ein Mitarbeiter des hier ein offenes Wort gesprochen, indem er in aller Deutlichkeit erklärt, daß die deutsch-völkische Freiheitsbewegung moralisch erledigt ist. Die Eingeweihten vor dies herabst. bekannt. Es Größtgewinn-Wächtern wird natürlich sich selbst tut zu sprechen und wird in aller Deutlichkeit behaupten, daß es nicht an dem ist, und die Massen hinter den Wächtern stehen. In Magdeburg und nächster Umgebung hat an von östlichen Wächtern in den letzten Jahren nicht zu sehen. Selbst der Stadtorordnete Mann, der sich erwidert, ein großer Führer zu sein, hat in der letzten Woche mit einer völkischen Versammlung eine große Pleite erlitten. Er hat eingeschrieben, daß er ausgeschieden hat und daß alle völkischen Sprünge auf den verheißendsten Gezeiten keinen Erfolg mehr bringen. Das ist gut so. Die Öffentlichkeit hat es jetzt, sich von diesen krassen Verwundungen über Versprechungen vorzuschieben zu lassen, sie nie in Erfüllung gehen. Die Zeit wird kommen, wo diese großen Weltverbesserer allein auf weiter Flur stehen und es wird die Zeit kommen, wo das „Wächter“ eben und sich für immer verschwinden wird. Nach schöner phantastischer Traum wird die Leute noch einige Zeit zusammenhalten, und das mag ihnen als Trost dienen.

Gerecht Strafe!

Zu der Notiz in Nr. 3 unseres Blattes schreibt uns ein Jungdeutscher Orden Magdeburg, daß Lehrer Brühlmann den Jungdeutschen Orden seit langer Zeit nicht mehr angeht.

Magdeburg. Mittelstanderversammlung. Die Gruppe für Handwerk und Gewerbe der D. D. P. veranstaltete am Montag, den 14. Februar ds. Js. eine Versammlung, in der Schreiner-Obermeister Landtagsabgeordneter Anieist-Cassel über „Sorgen des Mittelstandes“ sprach. Redner behandelte eingehend alle Fragen, die für Handwerk und Gewerbe starkes Interesse haben, besonders hob er die Probleme hervor, die durch die Parlamente gelöst werden müssen. Die Deutsche Demokratische Partei hat sich besonders im Preussischen Landtag ganz energisch um die Belange des gewerblichen Mittelstandes bemüht. Sie tut leider mit ihren Anträgen nicht den Erfolg gehabt, der im Interesse des Mittelstandes durchaus notwendig gewesen wäre. Die demokratischen preussischen Minister Dr. Schreiber und Dr. Hüpler in der Reichsversammlung, was in ihren Kreislagen, am 2. März ds. Js. haben gegenwärtig und Geschäftsmann zu helfen beim Einzug auf die Gewerbesteuer entsprechende Anträge gestellt, wodurch die Heranzugung der Nacht- und Nebelsteuer für Geschäftsmänner zur Ertragssteuer im Geschäftsjahr herausgestellt werden. Die Partei hat ferner den Antrag gestellt, daß die Gewerbesteuer bei einem Einkommen bis zu 3000 Mark ein niedrigerer Hundertsatz der Einkommen-

steuer sein soll. Des weiteren behandelte Redner die Freigabe der gewerblichen Räume, die eine ungeheure Erweiterung in den Kreisen der Gewerbetreibenden mit Recht hervorgerufen hat. Ob die Anträge Aussicht auf Erfolg haben, sei noch sehr zweifelhaft. Eine Milderung wird zu erwarten sein, da auch die Parteien mit ähnlichen Anträgen an das Parlament heranzutreten sind. Am Schluß seiner Ausführungen behandelte Abgeordneter Kniesch noch das Städtebaugesetz, wobei er an einzelnen Artikeln recht scharfe Kritik übte. Der Vortrag fand lebhaften Beifall und wies Stadtorordnete Dirre darauf hin, daß die Gruppe für Handwerk und Gewerbe nunmehr monatlich eine Zusammenkunft veranstalten, in der nur Fragen behandelt werden, die Handwerker und Gewerbe angehen. An der lebhaften Aussprache beteiligte sich u. a. der frühere deutsche nationale Parteisekretär G. S. Bier, der den Deutschen nationalen zum Vortritt machte, daß sie in keiner Weise die Interessen der Gewerbetreibenden wahrzunehmen haben. Stadtorordnete Blume behandelte im Zusammenhang mit der Besprechung des Städtebaugesetzes Fragen der Bodenreform.

Vom Dienstmädchen zur Zwischen Millionärin



Ueber Nacht wurde das 28jährige Dienstmädchen Marie Drazdorff in Meerane durch eine Dollareierlage zur Zwischen Millionärin. Die Erbschaft hinterließ ihr ein Dunkel Scheffebauer in Wilnaue, Nordamerika, der aus Deutschland stammt und in Amerika in Farmgrundstücken gung spekuliert.

Kaufmännischer beruflicher Weltkreis.

Zu großen Gau- und Reichstagen des Jugendbundes im G. D. V. (Gewerkschaftsbundes der Angestellten) haben deutsche Weltkreise stattgefunden, die sich immer einer recht guten Beteiligung erfreuen konnten. Die Fülle des Tagesprogramms machte es immer schwieriger, den beruflichen Weltkreisen voll gerecht zu werden. Aus diesem Grunde werden sie jetzt unabhängig von den Tagungen durchgeführt. Im Jugendbau Mitteldeutschland findet am kommenden Sonntag, den 20. d. M., in sämtlichen Gruppen für alle Lehrlinge im Handel, Büro und in der Industrie ein Berufswettkampf statt. Hier wird den Lehrlingen ein auch Jungschülern Gelegenheit gegeben, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einmal selbst zu prüfen. Schulaufgaben werden dabei vermieden; es sollen vielmehr praktische Fälle aus dem Geschäftsleben zur Lösung gestellt werden. Die Bearbeitung der Aufgaben erfolgt in Gruppen. 1. Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahre; 2. Lehrlinge im dritten Lehrjahre und Jungschülern bis zum Alter von 21 Jahren. Wertvolle Bücher- und Sonderpreise sind ausgesetzt und Spornen sicher auch zur eifrigen Mitarbeit an.

Der berufliche Wettkampf in der Jugendgruppe Magdeburg findet in der Hm. Berufsschule, Grüne-Armst. 11, um 9 Uhr statt. Es können daran auch Nichtmitglieder des Bundes teilnehmen; sie sind dazu eingeladen. Schreibpapier und Federhalter oder Tintenflask ist mitzubringen.

Umland-Bund. In den Umland-Bürgerläden hielt der Stadtorordnete D. Dirre einen Vortrag über „Akkuranz als Wirtschaftsrisiko“. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben. Schon im Altertum erkannten weltbildende Kaufleute die Notwendigkeit, durch Zusammenfluß verandarter Gewerbe sich gegen Verluste durch Feuer und Raub zu schützen. Man bildete Interessengruppen die sich gegenseitig anteilig die Verluste durch Raub und Feuer garantierten. Durch die zunehmende Industrialisierung bildeten sich große Privatgesellschaften, die gegen höhere oder niedrige Prämienhöhe (je nach Größe des Risikos) Versicherungen abschlossen. Auf Versicherungen gegen Feuer, Transport und Raub folgten Lebens-Unfall und Haftpflichtversicherungen. Um die eingegangenen Verpflichtungen nicht allein zu tragen, bildeten sich Rückversicherungs-gesellschaften, die gegen entsprechende Prämienhöhe einen Teil des Risikos mitübernahmen. Vor dem Kriege war die Akkuranz einer der stärksten Wirtschaftsfaktoren. Die bedeutendsten deutschen Versicherungsgesellschaften hatten ein sehr großes Auslandsgeschäft. Zur Bildung einer aktiven Handelsbilanz trugen die eingehenden Prämien in Auslandsnachfrage sehr viel bei. Durch Krieg und Inflation wurden die ungewehrten Werte (Reserven) der großen deutschen Gesellschaften zum größten Teil vernichtet. Ausländische Gesellschaften, hauptsächlich englische kamen dadurch

viel in das deutsche Geschäft, da es den deutschen Gesellschaften durch die feineren bestehenden Bestimmungen nicht möglich war, wettbewerblich zu verfahren. Nach Eintritt der Währungsreform der Mark eroberten sich die deutschen Gesellschaften infolge ihrer herorragenden Organisation langsam den Markt wieder zurück. Deutlich ist es, daß in der Nachkriegszeit eine teilweise Politisierung der Akkuranz stattfand. Hoffentlich gelingt es hier, Einheit zu bieten. Die allgemeine wirtschaftlich vorgezogenen ausführenden Ausführungen des Redners fanden regen Beifall.

Der Schrei aus der Straße, von Ross Lauckner. Erläuterung für die „Junge Bühne“ am Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Wilhelm-Theater. Eintrittskarten bei der Volksbühne, Berliner Straße 19. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Wernigerode. (Deftische Versammlung.) Am Montag, den 31. Januar, sprach vor überfülltem Saale in Raften's Hotel Landtagsabg. Oberstud.-Direktor Dr. Böhner über die augenblickliche politische Lage sowie über Steuerfragen. Redner führte u. a. aus, daß die Republik sich bereit gefestigt habe, daß sogar die Deutschnationalen festlich haben erklären müssen, die Republik zu schützen und das Werk von Locarno anzuerkennen. Man muß sich gegenwärtigen, daß den deutschen Nationalen Wählern stets die Parole gepoltert hat, daß die Deutschnationale Partei die Monarchie wieder aufrichten würde. Jetzt hat selbst das Potsdamer Offizier-Korps vier alte Generale bitten müssen, nicht zu Festlichkeiten zu kommen, weil diese es nicht lassen könnten, ein Hoch auf Wilhelm 2. auszubringen. Derartige Bespiele lassen sich leicht vermehren. Wenn aber jetzt die Deutschnationale Partei zusammengestellt mit dem Zentrum, dann ist große Gefahr im Verzuge. Man will die deutschen Nationalen Wähler, wenigstens im evangelischen Norden, in dem Glauben lassen, als wenn damit die Macht des Zentrums gebrochen würde. Wenn man sich für Kinderstrebung wundert, solle man auch da einmal mit Worten brechen. Gerade der Staat muß gerecht sein und darf nicht — wie früher im Kaiserreich — einseitig eine Konfession bevorzugen. Wenn man Reichstagsreden aus früheren Zeiten liest, erkennt man die Gefahren, die z. B. dem Schulwesen drohen. Der Junker und die Kirche haben kein Interesse an Schulwesen. Um die gerade von den Deutschnationalen heringekommenen politischen Landarbeiter sind den deutschen Osten zum Vergnügen geworden. Man sieht sich die Schulverhältnisse im Osten an, die traurigsten im ganzen Reich. Dort kommen 80—100 Kinder auf einen Lehrer. Wozu auch Bildung? Die geheime Absicht d. e. j. neuen Koalition zwischen Zentrum und der Deutschnationalen Partei ist eben, die Macht an sich zu reißen, den Kampf gegen die Sozialpolitik gemeinsam zu führen. — Der Kreis Hindenburgs ist von großer Bedeutung, indem er von den jetzt an die Macht gelangten Parteien die schleunige Verabschiedung der sozialen Gesetzgebung verlangt und zwar im Sinne der Forderung der Arbeitnehmers. Es ist ein Zeichen politischen Wohlwollens, daß der Präsident durch dieses Verlangen dokumentiert, was er die bisher eingeschlagene Richtung für notwendig hält. — Redner kommt dann auf die Steuerfragen zu sprechen. Zuerst aus erste rechte Kabinett Kuno, dessen Name vornehmlich die Partei der unglücklichen Inflation, der gänzlichen Verarmung der Rentner, das zweite rechte Kabinett bleibt verbunden mit dem unerschütterlichen Steuerdruck, den je das deutsche Volk zu leiden müssen. Eine Besserung trat erst ein mit dem Kabinett Marx-Reichhold, dessen Grundgedanke war: Hart am Defizit vorbei. Wenn jetzt besser geht, werden hoffentlich nicht die Deutschnationalen beschonigen wollen, das ist ihr Vorteil sei. Wir haben das schon öfter erleben müssen — Bei Behandlung der Hauszinssteuer erklärte Redner, daß es sicher besser wäre, wenn es keine Zwangsmitgliedschaft für Wohnungen gäbe. Aber die Schwierigkeiten wären zu unangehen. Der Mieter sollte herzlich froh sein, wenn er nur 100% Friedensmiete bezahlen muß, denn kaum ein Artikel wäre für 100% Friedenspreisen zu haben. Es ist irrig, wenn ein Mieter behauptet, daß er Hauszinssteuer bezahlen muß. Den Hausrentier müßte man sagen, daß es ein großes Unrecht wäre, volle Miete zu verlangen, solange sie nicht voll aufgemerkt hätte. Der Wegfall der Gewerbesteuer käme erst dann in Frage, wenn für den Ausfall Erfolg da wäre. Der Redner legte diese Steuer sehr ausführlich auseinander, es fehlt hier zu weit, alles wiedergeben zu wollen. Es sollte niemand Kritik üben, es er nicht sagen könne, was es besser zu machen wäre. Schließlich sitzen in den Parlamenten so auch Leute mit Verstand und Verantwortungsgesinnung. Dr. Böhner tritt dann bei Behandlung des Themas „Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ mit voller Energie für die Ausschaltung der Länder ein. Ein deutsches Reich müßten wir als Zentralgemalt selbstverständlich haben; aber die Länder könnten weglassen, sie verlieren nur ganz ungewehr die Verwaltungskosten und ersparen den Apparat. Deutschland wäre somit schon ein ganz besonders schwieriger politischer Apparat. Das beste wäre zweifellos der Anschluß Österreichs, der dann endlich die Frage der Vereinheitlichung in Fuß bringen würde. Die Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

Cöthen i. Anhalt. (Demokratischer Klub.) In der letzten Sitzung sprach Rektor Green über Bodenreform. Der Vortragende führte u. a. aus: Was durch eine Wertunaufschätzung gewonnen wird, kommt in jedem Falle stets der Allgemeinheit zu Gute. Der Ertrag einer solchen Steuer könnte demnach nutzbar gemacht werden, indem dadurch andere Steuern, die den gewerblichen Mittelstand und die gleichen Kreise des Handels treffen, eine Ermäßigung erfahren könnten. Die Ausführungen des Redners riefen eine lebhafteste Debatte hervor, in der so ziemlich alle Steuerarten durchnummeriert wurden. Rektor Green legte besonderes Gewicht darauf, daß sich andere Vertreter in den Parlamenten in Sinn und Kommen mit den von ihm angesprochenen Steuerfragen beschäftigen mögen. Der Landespartei tag findet am Sonntag, den 6. März d. J. in Cöthen statt.

weiblichen zum Teil ganz erheblich älterwog. Nach dem Kriege ist in allen Ländern, mit Ausnahme Anhalts, eine starke Verschlechterung der Heiratsaussichten der ledigen Frauen zu verzeichnen. Ganz besonders stark sind die Gegenstände in Baden. Hier konnte 1910 jeder 50. Mann seine Frau bekommen, im Jahre 1925 dagegen jede 4. Frau keinen Mann. Eine tatsächliche Besserung gegen 1910 ist in Anhalt zu verzeichnen, offenbar infolge der durch die industrielle Entwicklung bedingten Zuwanderungen. Noch augenfälliger werden die schlechten Heiratsaussichten gegenüber der Vorlesung, wenn man die Gesamtzahl der Heiratspartner in solche jüngeren, mittleren und vorgeschrittenen Alters gliedert. Die Heiratsaussichten der jüngeren Frau, also der Frau bis zum Alter von 25 Jahren, sind zwar im allgemeinen etwas schlechter als vor dem Kriege, aber doch nach wie vor ziemlich günstig. Besonders ungünstig sind sie bei den Frauen mittleren Alters (25 bis 37 Jahre), denen die durch den Krieg hauptsächlich begünstigten Altersklassen der Männer von 25 bis 40 Jahren gegenüberstehen. Während z. B. 1910 in Samsburg etwa auf jeden 4. Mann in diesem Alter eine Frau oder in Bapert auf jede 57. Frau kein Mann traf, ist heute in den mittleren Altersklassen etwa jede 3. bis 4. Frau von vornherein zum Verzicht auf die Ehe verurteilt. Die an sich schon ungünstigen Heiratsaussichten der 37 bis 46jährigen Frauen haben ebenfalls eine weitere Verschlechterung erfahren.

Soziologie der Frauenbewegung.

Die Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit tritt mit den beiden ersten Hefen einer Schriftenreihe, Verlag J. H. Herbig-Berlin, hervor, die Zeugnis ablegen sollen „von den besonderen geistigen Werten, die von Frauen erhalten werden können.“ Die erste Schrift ist eine Darstellung von Gertrud Bäumer, „Die Frau in der Krise der Kultur.“ Diese Schrift zeigt die tiefen Lage der Frau in der sexuellen Frage und im Berufsproblem. Als zweites Heft dieser Schriftenreihe ist von Frieda Lion eine Darstellung zur Soziologie der Frauenbewegung erschienen, in der die sozialistische und sozialistische Frauenbewegung geschildert wird. Das Ziel dieser Darstellung ist es, die Ideologie und Erscheinungsform der Kampfbewegungen und der konfessionellen Frauenbewegung in Deutschland darzustellen.

Bezirk Halle.

Die hochschulpolitische Lage unter Berücksichtigung der hallischen Verhältnisse.

Die Entwicklung des Konflikts zwischen den preussischen Hochschulen und dem Kultusminister Dr. Beder hat jetzt zweifellos einen Punkt erreicht, an dem von einem Versöhnungstypus nicht mehr gesprochen werden kann. Der Streit ging bisher um die Durchsetzung oder genauer Beobachtung völkischer Prinzipien, wie sie vom Hochschulpflicht deutscher Art vertreten werden, der seinerseits wieder die deutsche Studentenschaft im Sinne dieser Prinzipien bestimmt, da seine Anhänger an den Einzelstudentenschaften in den meisten Fällen in der Mehrheit sind. Zu lösen waren zwei Probleme: das der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft und das Koalitionsproblem.

Die Mehrheit der Einzelstudentenschaften machen nämlich die Mitgliedschaft Auslandsdeutscher von der deutschen Abkunft und Muttersprache abhängig oder verleihen die Mitgliedschaft durch ihren Vorstand. Der Kultusminister forderte nur mit Hinweis auf einen Beschluß des preussischen Landtages die Abänderung der Satzungen der Einzelstudentenschaften dahingehend, daß fortan der Artikel über die Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft zu entscheiden hätte. Im Laufe der am 29. und 30. Januar in Magdeburg stattgefundenen Besprechungen zwischen den preussischen Hochschulen und einigen Rektoren hat sich nun ergeben, daß die Studentenschaften in dieser Frage ohne großes Widerstreben nachgeben und mit einer Mitwirkung des Rektors durchaus einverstanden sind. In der hallischen Universität wurde diese Frage überhaupt nicht auf, da § 1 der Satzung der hallischen Studentenschaft die Fassung der „Wölkinger Notverordnung“ hat, also keinerlei völkische Tendenzen zeigt.

Wichtiger ist die Koalitionsfrage, die sich von vornherein zunächst auf die Zugehörigkeit der österreichischen Studentenschaften zur deutschen Studentenschaft. In der für das preussische Studentenrecht maßgebenden Ministerialverordnung vom 18. September 1920 wurden die Einzelstudentenschaften als Glieder des Selbstverwaltungskörpers „Universität“ anerkannt und erhielten das Recht, von ihren Mitgliedern Beiträge abzuführen. Sie erhielten ferner das Recht, sich mit „entsprechenden“ Organisationen zu koalieren. Die Auslegung des Wortes „entsprechend“ ist nun kritisch. Der Kultusminister erkennt die österreichischen Studentenschaften, die antinationalistisch orientiert sind, nicht als „entsprechende Organisationen“ an; er fordert Abänderung der prinzipiellen Einstellung der österreichischen Studentenschaften oder will andernfalls die Ministerialverordnung ändern, daß ihr nichtvölkischer Geist auch im Buchstaben zum Ausdruck kommt. Die Bewürdigung dieser in dem erwähnten Briefe des Kultusministers anbezeichneten Möglichkeit würde, da die Oesterreicher sich nicht ohne weiteres unterwerfen werden, das Band zwischen den deutschen und den österreichischen Studentenschaften zerschneiden — eine Konsequenz, die auch alle diejenigen Studenten außerordentlich bedauern müßten, die auf dem Boden des angeführten Landtagsbeschlusses stehen. Andererseits bedeutet, wie der Kultusminister sehr richtig betont, die Koalition der deutschen Studentenschaften mit „arischen“ Sondergruppen auslandsdeutscher Hochschulen... nicht eine Förderung, sondern geradezu eine Gefährdung des großdeutschen Gedankens.“ Diese Gefährdung können wir republikanischen Studenten um so weniger tun, als den österreichischen Studentenschaften das Staatsbürgerrecht fehlt; als es ihnen also unmöglich ist, die gleichen materiellen Mittel einzubringen wie die deutschen Studentenschaften; als sie ja Schimmer haben und damit in der Lage sind, den Kurs der deutschen Studentenschaft zu beeinflussen und indirekt über die deutschen Staatsaufgaben in einem Sinne zu disponieren, der dem Geiste der Ministerialverordnung, der Weimarer Verfassung und der Republik zuwiderläuft. Sofern man sich überhaupt für studentische Selbstverwaltung einsetzt, die über den Rahmen der tatsächlichen Sacharbeit hinausgeht, wenn man also nicht ihre Missachtung für das Beste und Einfachste hält, bleibt nur der Ausweg, daß die deutsche Studentenschaft die österreichischen Studentenschaften zum Verlassen ihrer starken völkischen Grundfälle bewegt, wobei sie sich nicht scheuen dürfte, mit ihrer härteren finanziellen Stellung einen leichten Druck auszuüben.

In der 3. der am 30. Januar in Magdeburg gefassten Entschlüsse erklärt zwar die Mehrheit eine Eingangsfrage auf die Oesterreicher rechtlich und tatsächl. (?) für nicht möglich, spricht aber in der 4. Entscheidung ihre Geneigtheit aus, mit dem Minister über die von diesem geplanten Erneuerung zu verhandeln.

Die Kammer der hallischen Studentenschaft, die den Bericht ihrer Vertreter in Magdeburg am vergangenen Freitag empfangen hat, hielt sich von jeder — allerdings in Erwägung der realen Machtverhältnisse auch zurecht — Opposition fern und richtete im Verein mit einigen anderen preussischen Universitäten an den Kultusminister ein Schreiben, das neben tatsächlichen Feststellungen Bereitwilligkeit erklärt, Kompromisse einzugehen. Die Vertreter der Mehrheit, die erwarten, daß der Kultusminister als Vertreter der Staatsautorität — gestützt auf die Staatsgewalt — das tun wird, was aus Studenten und im weiteren Rahmen dem Ansehen Oesterreichs an Deutschland nützlich und förderlich ist, hatten keine Bedenken, anders zu votieren und stimmten der Abänderung des Briefes zu. Die augenblickliche formal-tatsächliche Situation sieht demnach alle Kommervertreter der hallischen Studentenschaft in einer Front.

Man darf hoffen, daß die Verhandlungen zwischen dem Kultusminister und den Studentenschaften, nachdem die völkisch getönte Mehrheit — sehr im Gegensatz zu ihrem anfänglichen Auftreten — so große Nachgiebigkeit

bewiesen hat, zu einem Ende kommen, das alle freirechtlichen und im besonderen alle republikanischen Studenten begrüßen.

Otto Runge,

Vors. d. hallischen Ortsrats des republikanischen Studenten.

Halle. Der Reichstag der Deutschen Demokratischen Partei hielt am 9. Februar im Nikolaus-Saal seine diesjährige Hauptversammlung ab, die der Vorsitzende Herr Müller leitete. Aus dem von Geschäftsführer Dornblith erstatteten Jahresbericht ging eine rege Tätigkeit des Vereins auf dem politischen und kommunalpolitischen Gebiet hervor. Zu allen wichtigen Fragen nahm man Stellung und belegte diese öffentlich durch Entschlüsse. Herr Schmeißer Schwanitz gab den Jahresbericht. Mit dem Dank der Versammlung wurde auch die von den Revisoren beantragte Entlassung ausgesprochen. Bei der Wahl des Vorstandes erfolgte auf Antrag aus der Versammlung die Wiederwahl durch Jurist. Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an die Herren Müller, Hoe, Schwarz, Grünfeld, Renker, Pflügel, Hobe und Katus und die Damen Oberlich, Wöhe und Wolff. Dazu tritt als Ehrenvorsitzende Frau Margarete Bennis. Als Abgeordneter gehört dem geschäftsführenden Vorstandes ferner Minister Dr. Schmeißer an. Die vorgelegten neuen Satzungen wurden mit seiner Abänderung genehmigt. Für den demnächst stattfindenden Parteitag erfolgte die Wahl der Delegierten. Hierfür nahm Herr Müller das Wort zu seinem Vortrage über die politische Lage. Er verortete sich zunächst in interessanten Darlegungen über Wege und Ziele der Außenpolitik. Das Erwachen der fremden Mächte, der Kampf um ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre wirtschaftlichen Interessen haben die Außenpolitik an einen Wendepunkt gebracht. Für uns bleibe zwangsläufig als vorerst zu erzielendes Ziel die Bereinigung des Verhältnisses zwischen Frankreich und uns. Diesen von der demokratischen Partei seit Jahren vertretenen Gedanken, propagierte in neuester Zeit besonders stark auch der Jungdeutsche Orden. Als Nachziel gelte dabei für uns die restlose Räumung des Rheinlandes und als etwas weitergehendes die Schaffung Großdeutschlands. Zur Innenpolitik übergehend betonte der Vortragende, daß angesichts des politisch sehr geläuterten Sachstandes des Zentrums es eine Hauptaufgabe der demokratischen Partei sein müsse, ihren sozialen Charakter eindeutig hervorzuheben. Sie wird sich ferner bei der kulturpolitischen Einstellung des Zentrums als Bannerträger einer freien geistigen Betätigung zu fühlen haben und besonders als wahreren des Einheitsgebantens zu allen freierkämpferischen Tendenzen in härtester Opposition treten müssen. Die Führerpersönlichkeit Kochs und die bisherige Haltung der demokratischen Fraktion werden beide Zukunftsaussichten. Dem Vortrage folgte lebhafte Befall und eine Ansprache. Die angekündigte kommunalpolitische Besprechung wurde für die nächste Versammlung zurückgestellt.

Halle. In der Frauengruppe der D. D. R. sprach Frau Dr. Corté Berlin von einem überaus schmerzlichen Besuch über „Aufgaben der Sozialpolitik“. Die Rednerin ging hierbei die demnächst zu erwartenden Gesetzesvorlagen über Arbeitsschutz, über Kassierung des Wächterinnen Arbeitsvertrages, über internationale Regelung der Arbeitszeit und über die Vorlage zur Arbeitslosenversicherung in den Kreis ihrer Betrachtungen. Besondere Erwähnung fand auch die Vorlage auf Erweiterung des Mutterurlaubes. Auch der Gesetzesentwurf über den Schutz der Jugendlichen bei Unfallschicksalen und die Stellung der demokratischen Partei, die mit ihren Bedenken gegen die bei der Durchführung drohenden politischen Bestimmungen nicht zurückgehalten hat, fanden treffende Beleuchtung. Frau Dr. Corté wußte dabei ihre Zuhörer nicht nur durch ihre eingehenden Kenntnisse auf dem weitverzweigten sozialpolitischen Gebiet zu fesseln, sie verstand es vielmehr auch, ihren Ausführungen über die Notwendigkeit tatsächlicher Fürsorge und sozialen Verständnis eine so warmherzige Empfindung zu verleihen, daß sie hierdurch die Bewertung der Mitarbeit der Frau auf eine besondere Höhe hob. Auch die Wiedergabe ihrer Erfahrungen als Mitglied der Filmprüfungsstelle boten viel Interessantes und Belehrendes. Dem Vortrag folgte eine lebhafteste und sehr anregende Aussprache, bei der Frau Dr. Corté in bereitwilligster Weise eine ganze Reihe an sie gestellte Fragen beantwortete. Die stellvertretende Vorsitzende Frau Wischhoff sprach als Leiterin der Versammlung der Vortragenden herzlichsten Dank aus.

Halle. Deutsch-Demokratische Frauengruppe. Am Donnerstag, den 24. Februar, findet im Rest „Nikolaus“ ein Vortrag von Frau Elsa Haase statt über: „Pestalozzi, sein Leben und Wirken.“ Beginn abends 8 1/2 Uhr. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Gäste freundlich willkommen.

Halle. Die Jahresversammlung der Jungdemokraten Halle a. S. vom 16. 2. 27 nahm den Geschäftsbericht des Vorsitzenden Klemich und den Jahresbericht des Kassierers Wenzlau mit einstimmiger Zustimmung entgegen. In 16 Versammlungen des Jahres 1926 wurden politische, wirtschaftliche und literarische Vorträge gehalten. Bei verschiedenen politischen Ereignissen traten die Jungdemokraten an die Öffentlichkeit. Die Finanzen sind als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Versammlungen finden künftig am 1. und 3. Mittwoch im Monat statt. Zum Rechnungsabgleich (Dienstag) führt eine starke Verbindung nach Hebelberg — Trotz einstimmigen Vortrages lehnte der bisherige Vorsitzende, dem für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung aller Mitglieder ausgesprochen wurde, infolge Ueberlastung die Wiederwahl ab. Der neue 1. Vorsitzende soll in der nächsten Zusammenkunft am 2. 3. 27 gewählt werden. Inzugleich wird die 2. Vorsitzende, Frau Müller, und der bisherige neugewählte Vorstand, der aus den Damen Halberstadt, Dornblith, Blick, Haase und den Herren Wenzlau und Simonhild besteht, die Ge-

schäfte führen. Der bisherige Vorsitzende schloß unter Fall mit Dank an alle Mitglieder für das geleistete und sprach die Hoffnung aus, daß die Jungdemokraten Halle a. S. erstarken und gedeihen mögen zum Besten Demokratie und Republik.

Reichenfels. In der am Montag, den 7. d. M., gehaltenen Jahresversammlung erläuterte der jetzige Vorsitzende den Jahresbericht, welcher ein Bild gab von umfangreichen Arbeiten, die im verflochtenen Jahr der Ortsgruppe geleistet worden sind. Er schloß mit Wunsch, daß im neuen Vereinsjahr die Mitglieder weiterhin treu zur Partei stehen und beitragen mögen dem demokratischen Gedanken weiter zu festigen und i. Freunde zu werben. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Kassier, welchem auf Vorschlag der Revisoren Entlassung erteilt wurde, fand die Vorstandswahl statt. Da der 1. Vorsitzende, Herr Rechtsammler Sprengel, welcher das Amt seit 20 Jahren bekleidete, dringend bitten hatte, von einer Wiederwahl abzusehen, wurde dessen Wunsch ehrenvoll berücksichtigt. Die Vorstandswahl ergab dann folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Lehrer Ernst Schneider, 2. Vorsitzender Kaufm. Rich Wagner, 1. Schriftführer Buchdruckereibesitzer Heim Schmidt, 2. Schriftführer Katasterdirektor Rieck und 5. Schriftführer Fabrikbesitzer Arno Sonntag. Hieran folgte eine rege Aussprache über interne Vereinsangelegenheiten und über städtische Fragen.

Herzberg. Die im Cafe Naad abgehaltene Versammlung des deutsch-demokratischen Vereins von Damen und Herren verhältnismäßig gut besucht. Der geschäftsführende Vorstand erstattete einen recht eingehenden Bericht über die Reichsmittelstandsung in Berlin, aus dem zu entnehmen war, wie die Wirtschaftskraft auf welche der gewerbliche Mittelstand so große Hoffnungen gesetzt habe, schließlich verlagert hat. In, es wurde festgestellt und nachgewiesen, daß die Wirtschaftspartei ihrer politischen Untreue gerade zum Schaden des Handwerks und gewerblichen Mittelstandes in steuerlicher Hinsicht gestimmt habe. Nur in Gemeinschaft mit allen Volksklassen, im Rahmen einer politischen Partei und im gegenseitigen Vernehmen könne nicht nur dem Beamten, sondern auch dem im freien Berufe stehenden Volksgenossen geholfen werden. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß die Partei einer bestimmten Berufsgruppe (wie die Wirtschaftspartei) jemals Erfolge haben könne. Deshalb war gemacht, von jeglicher Kampfbildung abzusehen, die mehr geschloß, daß sich in Anbetracht der gemeinsamen Ziele Beamte und Handwerker, Angestellte, Gewerbetreibende und Arbeiter gegenseitig die Hände reichen. In Regierungsbildung wurde der Beschluß der Parteimitglieder in die Opposition zu gehen, gebilligt. Zu einer Regierung, in der Parteimitglieder der Reichsnationalen, die noch vor einigen Monaten duldeten und beschämten, den, und die heute auf diese Farben und die Verfassung der demokratischen Republik den Eid leisten, Einnahme mehr Vertrauen haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde auch das große Volksvertrauen des Parteimitglieds gestärkt. Nach Beendigung des geschäftlichen Teiles des Abends blieb man noch in recht gemüthlicher Weise beisammen.

D. D. R. Kreisverein Bitterfeld.

Sonntag, den 20. Februar 1927, vorm. 10 1/2 Uhr im „Eichamt“ zu Bitterfeld Kreisparteitag.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein: Der Vorstand

Bestellern in den nächsten Tagen abgeben.

Postamt

Bestellern. Ich bestelle hiermit Exemplare von „Mitteldeutsche und Ostpreußen“ für den Monat und bitte den Preisers auslich der stellungs-Gehälter durch den Kreisratgeber bei mir erlassen zu lassen. Name: Wohnort: Straße:

